



Niederschrift über die Verhandlungen des

Bau- und Umweltausschusses

vom 12. März 2024

Öffentlich

Vorsitzender: Bürgermeister Ringle

14 Mitglieder - Anwesend: Stadträtinnen/Stadträte Tabler, Pfeifer,
Sagasser-Beil, Hart, Luderer, Morschheuser,
Wanner, Gall, Dagenbach, Seher, Friz, Roth,
Schnepf und Mettendorf

Abwesend: - 0 -

- 22 -

Häuserrandstreifenprogramm

Den Mitgliedern des Bau- und Umweltausschusses ist der Bericht des Grünflächenamts vom 28. Februar 2024 mit einem Antrag der SPD-Fraktion als Gemeinderatsdrucksache Nr. 315/2023 zugegangen.

Die Drucksache ist der Niederschrift als Anlage 1 angeschlossen.

Des Weiteren erhielten die Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses den Antrag der SPD vom 12. März 2024 als Tischvorlage ausgeteilt (Anlage 2 der Niederschrift).

Herr BM R i n g l e verweist auf die zugegangenen Unterlagen und führt kurz in den Sachverhalt ein. Es habe zunächst einige Missverständnisse bezüglich des Antrags der SPD vom 2. August 2023 innerhalb der Verwaltung gegeben. Er selbst habe den Antrag beispielsweise so verstanden, dass er stark auf die Beispiele aus Amsterdam abgezielt habe. Dies bedeute, dass im Gehwegbereich ein Teilstück den Anwohnerinnen und Anwohnern zur privaten Nutzung überlassen werde solle. Dort könnten dann beispielsweise Tische, Bänke oder Blumenkästen aufgestellt werden. Einen Zusammenhang zur Fassadenbegrünung habe er hier nicht als vordergründig erachtet, weshalb auch nicht ganz klargeworden sei, wofür ein Förderprogramm geschaffen werden solle. Den Antrag habe man nun dahingehend behandelt, dass man die Stellungnahme vorrangig auf das Themenfeld der privaten Nutzung bezogen habe. Schwierigkeiten gebe es hier aufgrund der Straßenverkehrsordnung, die eine Normbreite von zwei Metern für Gehwege vorsehe. Die Norm werde zukünftig noch öfter zur Sprache kommen, wenn auch über das Gehwegparken gesprochen werden müsse. Es gebe Möglichkeiten, in bestimmten Bereichen schmalere Gehwege zu installieren, allerdings werde es ein unteres Limit geben müssen.

Auch nach den geforderten Modellquartieren habe man lange gesucht. Es sei nahezu unmöglich gewesen, ein Quartier oder Straßenzüge ausfindig zu machen, in dem mehr als zwei Meter breite Gehwege durchgängig vorhanden seien. Die Umsetzung des zweiten, kurzfristig eingegangenen Antrags der SPD vom 12. März 2024, *s a g t e r z u*. Allerdings sei er überzeugt, dass dies erst eine Kraft bekomme, wenn es einige Beispiele in der Stadt gebe. Er bittet daher um Standortvorschläge. Mit den Anwohnerinnen und Anwohnern könne dann ein Vertrag gemacht werden, dass diese sich auch um den Streifen zu kümmern hätten. Nach zwei Jahren könne dann gegebenenfalls auch evaluiert werden, ob man den Vertrag auflöse.

Frau StRin *S a g a s s e r - B e i l* macht deutlich, man habe die Idee der Straßenverschönerung aus Amsterdam mitgebracht. Von dem Flair dort sei man begeistert gewesen. Kleine Blumenkübel, Bänke oder Tische mit Büchern zum Mitnehmen würden dazu beitragen, das Straßenbild schöner und individueller zu gestalten. Dass der Antrag der SPD nun positiv aufgenommen worden sei, freue sie sehr. Aufgrund der Zusage müsse man diesen ihrer Meinung nach auch nicht abstimmen. Die Einschränkungen, die aufgrund der Straßenverkehrsordnung und des Baurechts gelten würden, könne man nachvollziehen. Die Verwaltung müsse allerdings Gelegenheiten nutzen, um öffentlich darauf aufmerksam zu machen. Auch über Social Media müsse die Möglichkeit beworben werden. Die SPD-Fraktion werde im Zuge des Kommunalwahlkampfes die Augen offenhalten, um potenzielle Standorte für Straßenverschönerungen zu identifizieren und die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen. Man erhoffe sich davon, dass die Initiative nicht nur zur Verschönerung des öffentlichen Raums beitrage, sondern eventuell auch neue Kommunikationsorte in der Stadt schaffe und so zu einem besseren Austausch innerhalb der Quartiere führe. Sie freue sich über die positive Entscheidung und hoffe, in einem Jahr bereits einige gelungene Beispiele sehen zu können.

Frau StRin *S c h n e p f* gibt an, die Idee sei grundsätzlich charmant, wenngleich sie die kleinen Grünstreifen mit Bepflanzung in Amsterdam nicht besonders wahrgenommen habe. Sie rechne daher nicht mit großem Zuspruch. Mobile Pflanzgefäße und Bänke wären hier aus ihrer Sicht akzeptabler, da man so flexibler sei und diese bei Bedarf leicht entfernt werden könnten. Sofern etwas fest im Boden verankert werden solle, müsse der Verantwortliche hierfür auch die Kosten tragen und sich an die Bauregeln halten. Bedenken gebe es aus ihrer Sicht, wenn die Drainage an den Häusern beschädigt werde und es zu Feuchtigkeitsschäden komme. Sinnvoller sei ihrer Meinung nach allerdings die Beseitigung der Steingärten und eine umfassende städtische Begrünungsaktion, wie im Antrag der CDU zum Biodiversitätsstärkungsgesetz gefordert worden sei. Dies erscheine ihr wirkungsvoller für das Kleinklima in der Stadt. Solange die Initiative zur privaten Nutzung der Gehwege von der Verwaltung geprüft werde und keine Kosten für die Stadt entstünden, könne man den Antrag allerdings unterstützen. Die Gefahr von zu schmalen Gehwegen dürfe jedoch nicht außer Acht gelassen werden. Man befürworte daher mobile Lösungen und bei festen Installationen eine sorgfältige Prüfung durch die Verwaltung.

Frau StRin *H a r t* gibt an, die Idee zur Begrünung der Stadt sei gut. Private Initiativen im Einklang mit öffentlicher Unterstützung seien wichtig, um Impulse zu setzen. Schön wäre es aus ihrer Sicht, beispielsweise hierfür ein Budget bereitzustellen und so Anreize für Eigentümerinnen und Eigentümer zu schaffen, ihre Grundstücke zu verschönern und

im Einklang mit dem Klimaschutzplan zu gestalten. Vorstellbar sei eventuell auch ein Wettbewerb um den schönsten Häuserrandstreifen. Verschiedene Maßnahmen seien notwendig, um die Versiegelung der Oberfläche in der Stadt zu reduzieren. Irritiert sei sie bezüglich des Passus, dass die Kosten für den Rückbau von Bodenbelägen nach Nutzungsende vom Nutzer zu tragen seien. Dies wirke ihrer Meinung nach dem Ziel der Stadtentwicklung, versiegelte Flächen aufzubrechen, entgegen. Sie schlägt abschließend vor, solche Maßnahmen bereits in Bebauungsplanverfahren berücksichtigen.

Herr StR F r i z begrüßt die Idee. Wichtig sei allerdings nicht nur, Ideen zu kopieren, sondern diese an die spezifischen Gegebenheiten anzupassen. Aus seiner Sicht gebe es auch Herausforderungen bei der technischen Umsetzung, beispielsweise aufgrund der Verlegungen der Glasfaserleitungen entlang der Häuserfassaden. Möglichkeiten, die Randstreifen in der Innenstadt umzusetzen, sehe er dennoch. Er schlägt vor, Wettbewerbe wie den Entente Florale zu wiederholen, um die Bürgerinnen und Bürger zu motivieren, sich zu beteiligen. Die FDP unterstütze alle Maßnahmen, um die Stadt zu verschönern und die dem Klima dienen würden.

Herr StR S e h e r äußert Bedenken gegenüber dem Antrag. Einem Vergleich mit Amsterdam halte Heilbronn aus seiner Sicht schon allein aufgrund des anderen Mikroklimas sowie der Größe der Stadt nicht Stand. Er könne zudem nicht erkennen, weshalb erneut Kosten für die Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer beschlossen werden müssten. Wichtiger sei es für ihn, alte Strukturen aufzubrechen und eine buntere und vielfältigere Gestaltung innerhalb der Stadt zuzulassen. Als Beispiel nennt er Reglementierungen bei der Gestaltung der Außengastronomie. So habe ein Gastronom nicht die gewünschten Möbel für den Außenbereich aufstellen dürfen, sondern habe sich an den einheitlichen Vorgaben hierfür orientieren müssen. Bedenken äußert er hinsichtlich der Umsetzung des Antrags, wie beispielsweise die Wahl der Pflanzen auf den schmalen Grünstreifen sowie deren Pflege. Auch mögliche Bußgelder müssten angedacht werden, sofern die Pflege der Grünstreifen vernachlässigt werde. Letztlich fehle ihm ein schlüssiges Konzept.

Herr StR D a g e n b a c h berichtet von seinen Eindrücken aus Amsterdam. Seiner Meinung nach sei für ein Häuserrandstreifenprogramm eine sorgfältige Planung erforderlich, um unkoordinierte Begrünungsmaßnahmen zu vermeiden. Er lobt außerdem die Stadtplanung in Heilbronn, in vielen Stadtteilen sei bereits viel Grün vorhanden. Die Breite der Streifen müsse man auch mindestens auf 50 cm vergrößern, damit auch ein ordentliches Pflanzenwachstum möglich sei. Allerdings plädiert er eher für großzügigere Genehmigungen für Unternehmen oder die Gastronomie, bei der Aufstellung von Pflanzkübeln oder ähnlichen Verschönerungen. Er erinnert abschließend an die noch offene Anfrage zur Fassadenbegrünung an städtischen Gebäuden.

Herr BM R i n g l e s a g t eine Antwort auf die noch offene Anfrage z u . Er betont außerdem, der Antrag der SPD beziehe sich auf öffentliche Flächen in der hochverdichteten Innenstadt, somit gehe es nicht um private Schottergärten. Auch sei keine Budgetierung für diese privaten Initiativen vorgesehen. Man unterstütze gerne privates Engagement, indem man Genehmigungen hierfür erteile. Finanzielle Mittel sollten jedoch nicht

bereitgestellt werden. Wichtig sei dann jedoch auch, dass geregelt werde, wie die Verwaltung verfahren könne, wenn die Streifen nicht im Sinne des Antrags gepflegt würden. Gegebenenfalls müssten dann auch Dinge wieder zurückgebaut werden. Es müsse klar sein, dass der Private, der sich diesbezüglich engagiere, dann auch die Verantwortung für die Pflege übernehme. Ein guter Vorschlag sei es, bei Bebauungsplänen im Innenstadtbereich direkt breitere Gehwege einzuplanen, die eine solche Nutzung ermöglichen würden. In Amsterdam habe man die Häuserrandstreifen auch hauptsächlich in neueren Stadtvierteln gesehen.

Herr StR M e t t e n d o r f argumentiert, eine attraktive Innenstadt sei ein wichtiger Standortfaktor. Man müsse die Besucherinnen und Besucher dazu animieren, hier zu verweilen. Dies könne einerseits durch ein vielfältiges Einkaufsangebot, aber auch durch Pflanzkübel, Tische oder Bänke passieren. Unterstützung durch die Stadtverwaltung sehe er in Form von Genehmigungen, aber auch Beratungen.

Herr BM R i n g l e unterbricht Herrn StR Mettendorf, eine Diskussion um die Innenstadt sei nicht angebracht. Es gehe zunächst um den Antrag der Häuserrandstreifen

Herr StR M e t t e n d o r f unterstützt die Maßnahme. Sie könne eine Ergänzung zum Angebot des Grünflächenamts sein. In Neckargartach beispielweise würden Pflanzkübel vom Grünflächenamt aufgestellt und durch die Anwohnenden gepflegt. Er plädiere für weniger Bürokratismus. Eine Umsetzung solcher Initiativen ohne große Anträge müsse sich pragmatisch organisieren lassen.

Herr BM R i n g l e erklärt, die Stadt sei bereit, private Initiativen zu unterstützen und unbürokratisch zu handeln. Gerne könne ein Kontakt zum Grünflächenamt hergestellt werden, sofern sich jemand engagieren wolle.

Herr StR T a b l e r betont die Notwendigkeit, auch die Nebengassen der Innenstadt zu berücksichtigen. In Böckingen in der Seestraße gebe es außerdem bereits ein Beispiel für einen solchen Häuserrandstreifen. Hier gebe es keinerlei Beschwerden.

Frau StRin L u d e r e r schlägt vor, die Begrünung von Randstreifen in Sanierungsgebieten direkt mit aufzunehmen, wenn ohnehin Arbeiten durchgeführt würden.

Herr BM R i n g l e s a g t z u , Werbung für solche privaten Initiativen unter dem Punkt Öffentlichkeitsarbeit auf der Homepage mit aufzunehmen. Ein konkreter Antrag sei vermutlich nicht notwendig. Pflanzaktionen seien ohnehin geplant. Auch hierbei könne man auf die Möglichkeit der Nutzung der Häuserrandstreifen hinweisen. Die Anregung der Berücksichtigung in Sanierungsgebieten nehme man ebenfalls mit auf. Der Antrag sei damit erledigt.

Der Bau- und Umweltausschuss kommt daraufhin zu dem

E r g e b n i s :

Die Verwaltung sagt zu:

1. Private Akteure, Eigentümer wie Mieter, können die Nutzung von bis zu 30 cm des öffentlichen Gehwegs als Häuserrandstreifen im öffentlichen Raum entlang privater Gebäude beantragen. Die jeweilige Einzelfallentscheidung trifft das Amt für Straßenwesen in Abhängigkeit der konkreten Rahmenbedingungen vor Ort. Es wird erlaubt, diese Häuserrandstreifen zu begrünen, bodengebunden sowie mit Pflanzgefäßen oder die Flächen anderweitig zu nutzen, z. B. zur Aufstellung einer Bank.
2. Der Antrag auf Nutzung des Häuserrandstreifens wird sehr einfach gehalten und soll auf der städtischen Homepage gut zu finden sein (auch über die Stichwortsuche).
3. Bei Beendigung der Nutzung muss der Nutzer die Kosten des Rückbaus entfernter Bodenbeläge tragen.
4. Es erfolgt Öffentlichkeitsarbeit über die Stadtzeitung und Social Media, um auf das Programm aufmerksam zu machen. Da es kein Förderprogramm geben soll, werden (wie im Jahr 2023 am Nachhaltigkeitstag: 1.000 Kletterpflanzen) Pflanzen, die sich für die Verwendung an der Häuserwand oder in einem Topf eignen, an die Bürgerinnen und Bürger verschenkt. Stattfinden soll die Aktion vor den Sommerferien im Rahmen einer Veranstaltung in der Innenstadt. Die Finanzmittel kommen aus dem Topf für Öffentlichkeitsarbeit bei der Stabsstelle Klimaschutz.